

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BIG 828 00)

11. Mai 1968 - 38 / II
Einzelpreis DM 0.75

DUTSCHKE-ATTENTÄTER: IM JUGENDLAGER "PETER FECHTER" VORBEREITET?

Als "Einzelgänger" wurde der Dutschke-Attentäter Bachmann von Staatssekretär Ehmke (SPD) am Mittwoch im Bundestag bezeichnet; es gebe keine Hinweise auf Verbindungen zu irgendwelchen Organisationen. Aus der Kalten-Kriegs-Organisation "Vereinigung 17. Juni 1953" wird hingegen bekannt, daß es möglich ist, daß Bachmann auf seine Tat im Jugendlager "Peter Fechter" in Hermentingen bei Stuttgart, das der Vereinigung angeschlossen ist, ideologisch vorbereitet wurde. Die Vereinigung bildet dort Kader aus. - Im Landesvorstand der NPD hat man mit "großer Erleichterung" zur Kenntnis genommen, daß Bachmann bisher nichts davon erwähnte, daß er regelmäßiger Leser der NPD-"Deutschen Nachrichten" ist und des öfteren NPD-Zusammenkünfte in München besucht hat. Übereinstimmend wurde im Landesvorstand die Meinung vertreten, das Bekanntwerden dieser Tatsache würde der Partei in Westberlin großen Schaden zufügen.

STRAUSS UND RÄTEREpubLIK: ALIBI FÜR KAPITALFLUCHT

Das von dem CSU-Vorsitzenden, Franz-Josef Strauß, herausgegebene offiziöse Organ "Bayernkurier" hat mit der Meldung über angebliche Pläne zur Errichtung einer Räterepublik in Westberlin eine Offensive zur propagandistischen Verschleierung der Ursachen für die zunehmende Kapitalflucht aus Westberlin begonnen. Nach der Meldung des "Bayernkurier" sollen die politischen Bestrebungen des SDS und anderer Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition darauf abzielen, durch eine "Eskalation revolutionärer Aktionen" eine stärkere Kapital- und Industrieflucht aus Westberlin auszulösen und die "antirevolutionären Führungskräfte des Establishments" zu verscheuchen. Inzwischen hat sich die Bundesanwaltschaft aus Karlsruhe eingeschaltet und führt "Ermittlungen wegen Staatsgefährdung" gegen Westberlins Außerparlamentarische Opposition. Führende Mitglieder des Republikanischen Clubs haben dazu erklärt:

"Im Spätsommer 1967 machte der Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Berg, die von der SPD im Glienicker Papier entwickelten wirtschaftspolitischen Vorstellungen für die Weigerung der westdeutschen Industrie, in Berlin langfristige Investitionen durchzuführen, verantwortlich. Nach der Intervention von Berg blies die Berliner SPD zum Rückzug. Heinrich Albertz mußte den Sessel des Regierenden Bürgermeisters räumen. Klaus Schütz fegte das Glienicker Papier vom Tisch. Hinter verschlossenen Türen jammern die Wirtschaftsexperten der SPD darüber, daß der Westberliner Senat von Herrn Berg gegängelt werde. Senator König erklärte in einer Sitzung des wirtschaftlichen Arbeitskreises der SPD-Fraktion im Westberliner Abgeordnetenhaus am 31. Januar 1968: 'Aus dem Arbeitspapier des Bundesverbandes der deutschen Industrie könne herausgelesen werden, daß in Berlin nichts geschehen dürfe, was Herrn Berg nicht gefalle. Die Aktion in der Sache, die der BDI bis jetzt gezeigt habe, sei äußerst dürftig.' Ein der westdeutschen Wirtschaft nahestehender Informationsdienst hat am 7. Mai mit-

geteilt, daß die führenden Unternehmer in der BRD - voran der BDI-Präsident Berg - ihre Kontakte zu Franz-Josef Strauß verstärken: 'Die Wirtschaft sucht dort die verlässliche Stütze in der Unternehmerfront gegen erweiterte Mitbestimmung gegen das Publizitätsgesetz und gegen ein Preisbindungsverbot.'

Die westdeutsche Wirtschaft hat Franz-Josef Strauß offensichtlich dazu auserwählt, die Absage der westdeutschen Wirtschaft an den Berliner Senat propagandistisch zu begründen. Franz-Josef Strauß versuchte, die Verantwortung für die hoffnungslose wirtschaftliche Situation Westberlins der Außerparlamentarischen Opposition in die Schuhe zu schieben, obwohl allgemein bekannt ist, daß diese Opposition erst als Folge dieser Misere politisch in Erscheinung getreten ist".

SPD-LANDESAUSSCHUSS: "DIESES GEREDE VON BRANDT..."

Im Landesausschuß der SPD kam es am Montag zu Auseinandersetzungen über die Bewertung des Westberliner 1. Mai, in denen auch der SPD-Bundesvorsitzende Brandt attackiert wurde. Innensenator Neubauer hatte sich für eine scharfe Abgrenzung nach links ausgesprochen. Wissenschaftssenator Stein konterte: Vor dieser Abgrenzung müsse die SPD erst einmal genau sagen, was sie wolle - dabei gehe es nicht um die Wiederholung verstaubter Formeln. Stein nannte in diesem Zusammenhang die Rede Willy Brandts am 1. Mai: Brandt sei der einzige auf der offiziellen Maikundgebung gewesen, der über Phrasen hinaus etwas gesagt habe. Westberlins SPD-Rechtsaußen Erich Pätzold aus Weddigh widersprach heftig: Man müsse schon etwas mehr bieten als das Gerede von Brandt, dieses "sowohl als auch" helfe überhaupt nicht weiter. DGB-Vorsitzender Sickert hieb in die gleiche Kerbe: Nicht Brandt, die vor dem Reichstag sprechenden Gewerkschafter - dabei meinte er vor allem sich - hätten "Wesentliches ausgesagt". Informierte Kreise der SPD deuteten die Situation der Partei nach dem 1. Mai und der Landesausschußsitzung: Tiefe Resignation, die sich in Kraftmeierei umsetze.

SPD-FRAKTION IM BUNDESTAG: MIT CDU GEGEN FERNSEH-JOURNALISTEN

Auf ein massives gemeinsames Vorgehen der CDU und SPD gegen kritische Sendungen und Kommentare in den der ARD angeschlossenen Fernsehanstalten sind prominente Fernsehjournalisten gefaßt. Auf der ersten Bundestagsfraktionssitzung der SPD nach dem Wahl-Fiasko in Baden-Württemberg gab Helmut Schmidt der APO und dem Fernsehen die Schuld an der Niederlage: Man habe dauernd die Große Koalition "miesgemacht" und die APO wichtiger genommen als die SPD. Sogar dem Chef der "Tagesschau", Hans Joachim Reiche, wirft man vor, sich während der Osterunruhen einseitig für die Studenten engagiert zu haben. Weitere Namen auf der "Schwarzen Liste" von SPD und CDU: Fernsehkommentator Dieter Gütt, "Panorama"-Chef Peter Merseburger (dem man insbesondere ein ausführliches Interview mit Klaus Meschkat verübelt), Günter Muggenburg, der als Leiter des ARD-Studios Bonn die Reaktionen in der Bundeshauptstadt auf die Osterunruhen schilderte und außerdem den SPD-Parteitag in Nürnberg kritisch kommentiert hatte, sowie ARD-Kommentator Klaus Bölling wegen eines Kommentars "Väter und Söhne" am 24. April über die Schwierigkeiten in der Brandt-Familie. Die Landtagstraktion der CDU in Nordrhein-Westfalen hatte schon zuvor gefordert, Dieter Gütt von der Liste der Kommentatoren zu streichen. Mehr als die Hälfte der Abgeordneten in der SPD-Fraktion stimmte der Idee zu, aus einem geplanten Hearing über Meinungsmonopole ein Fernseh-Hearing zu machen und das Problem Springer nur am Rande zu streifen. Am Donnerstag beschäftigte sich die SPD-Fraktion wiederum mit diesen Plänen, der Arbeitskreis Rundfunk der CDU/CSU will in einer Sitzung am 30. Mai "nachziehen". Durch die Aktivität der Abgeordneten zur "Selbstkritik" angeregt, untersuchten auch die Intendanten auf einer ARD-Konferenz in Baden-Baden am Donnerstag und Freitag ihre eigenen politischen Programme. Einzelheiten wurden bisher nicht bekannt.

NPD WESTBERLIN: WACHSENDE AKTIVITÄT UND "TAG DER NPD"

Einen "Tag der NPD" wollen Westberlins Rechtsextremisten am 18. Mai begehen. Für diesen Tag ist im großen Saal der Landesbildstelle, Levetzowstraße, um 19.30 Uhr eine "Großkundgebung" geplant. Vorbereitet wird die Samstag-Veranstaltung durch einen Autokorso, der ab 15 Uhr von der Straße des 17. Juni an der TU vorbei zur Siegestsäule und

dann "nach Charlottenburg hinein" führen soll. 2000 Plakate sollen auf die Veranstaltung hinweisen, die Verteilung von 140 000 Sonderdrucken der NPD-Zeitung "Deutsche Nachrichten" wird am Freitag und Sonnabend erfolgen. In der Spitze der Partei hält man die Entwicklung vor allem in Westberlin für die Partei für "äußerst günstig". Wie aus informierten Kreisen zu erfahren ist, will die NPD künftig "jeden taktischen Schritt mehrfach überlegen, um in der Auseinandersetzung zwischen der APO und den etablierten Parteien im richtigen Moment mit größter Massenwirksamkeit an die Öffentlichkeit treten zu können". Der NPD-Landesvorstand Westberlins hat auf einer seiner letzten Sitzungen daher beschlossen, durch Sympathiewerbung zu wirken, sich nicht an Gewaltaktionen zu beteiligen und sich im übrigen mit aller Kraft auf die kommenden Abgeordnetenhauswahlen zu konzentrieren.

STRAFBEFEHL GEGEN OSTER-DEMONSTRANTEN: POLIZEI GIBT FALLE ZU

Mit hektographierten Strafbefehlen versucht die Staatsanwaltschaft jetzt die Massenverhaftungen in der Meinekestraße am Ostersonnabend nachträglich zu rechtfertigen. In den amtlichen Vordruck sind lediglich Namen und Strafmaß sowie die Kostenrechnung original mit Schreibmaschine eingesetzt. Die Schilderung der "Tat" sowie die Liste der Polizeizeugen ist auf Matritze vervielfältigt. Darin heißt es u. a.: "Sie werden beschuldigt, in Berlin am 13. April 1968, ab 16.35 Uhr, sich mit anderen auf einer öffentlichen Straße versammelt und nach der 3. Aufforderung des zuständigen Beamten nicht entfernt zu haben, indem sie (...) den (...) dreimaligen Aufforderungen, die Kreuzung Kurfürstendamm-Meinekestraße in Richtung Halensee oder Lietzenburger Straße zu verlassen, nicht nachkamen." Damit gibt die Polizei offiziell zu, auch zur Räumung in Richtung Lietzenburger Straße, also in die Meinekestraße hinein, aufgefordert zu haben (die Meinekestraße ist die direkte Verbindung von dieser Kreuzung aus zur Lietzenburger Straße). Zur Lietzenburger Straße hin war die Meinekestraße jedoch von Polizeiketten gesperrt, die die abziehenden Demonstranten wieder in Richtung Kurfürstendamm knüppelten (siehe EXTRA-Report 31/II). Die Demonstranten wurden auch keineswegs auf der Kreuzung Kurfürstendamm-Meinekestraße festgenommen, die sie angeblich hatten räumen sollen, sondern etwa zwanzig bis dreißig Meter von der Kreuzung entfernt vor dem Lokal "Hardtke" in der Meinekestraße, wo sie von starken Polizeikräften eingekesselt worden waren. In dem uns vorliegenden Strafbefehl gegen einen Werbeberater wird die Strafe auf einen Monat Gefängnis mit zweijähriger Bewährungsfrist festgesetzt. EXTRA-Dienst macht seine Leser darauf aufmerksam, daß gegen solche Strafbefehle Einspruch eingelegt werden kann, sodaß es zu einer mündlichen Verhandlung kommen muß. Wird die Einspruchsfrist auf dem Vordruck angegeben - nicht eingehalten, wird der Strafbefehl rechtskräftig. Selbst wenn in einem Musterprozeß die Polizeiaktion als rechtswidrig verurteilt wird, ist die Rechtskraft nicht mehr aufzuheben. - Anfragen bei dem zuständigen Sachbearbeiter nach der Anzahl dieser Strafbefehle wurden an die Justizpressestelle weitergeleitet. Dort erklärte man uns, daß darüber lediglich der Sachbearbeiter Auskunft geben könnte.

WESTBERLINER FALKEN: DISKUSSION MIT SED UND FDJ

Die Westberliner "Falken" haben in einer Erklärung ihres Vorstandes zur Frage der Aktionseinheit mit der SED Westberlin erklärt: "Wir haben uns nicht jahrelang mit Erfolg gegen die Unterdrückung unserer politischen Auffassungen durch einige autoritäre SPD-Führer zur Wehr gesetzt, um uns jetzt in die Abhängigkeit einer Partei zu begeben, die ihre stalinistische Vergangenheit noch nicht bewältigt hat." Der Landesvorstand forderte die SED Westberlin und die FDJ Westberlin zu einer öffentlichen Diskussion folgender Fragen auf: "Das Wesen des Stalinismus, Probleme der sozialistischen Demokratie, die Rechte oppositioneller Gruppierungen in sozialistischen Staaten, die Selbstverwaltung der werktätigen Bevölkerung in der DDR, Formen des sozialistischen Kampfes in der spät-kapitalistischen Gesellschaft".

STRAFANSTALT TEGEL: SPENDE FÜR VIETNAM ZURÜCKGEWIESEN

Der Vorstand der Strafanstalt Tegel in Westberlin hat den Antrag eines Strafgefangenen, eine von ihm unterzeichnete Erklärung zum Krieg in Vietnam weiterzuleiten und eine Spende von DM 2. - auf ein Vietnam-Sonderkonto zu überweisen, abgelehnt. Begründung: "Eine in die Öffentlichkeit wirkende politische Betätigung von Strafgefangenen ist mit dem

Sinn und Zweck des Strafvollzugs nicht vereinbar." Der Gefangene, der in seiner Zelle die Hamburger "Zeit" bezieht, entdachte in Nummer 14/68 eine Anzeige, in der zahlreiche Geistliche, Künstler und Professoren zur Beendigung des Vietnam-Krieges aufrufen. Er unterschrieb sie. Von seinem "Arbeitslohn" - in der Anstaltsdruckerei "verdient" er täglich 0.80 DM - wollte er zwei Mark spenden. Der Gefangene schrieb dazu an seinen Anwalt: "Nach Nr. 57 der Vollzugsordnung ist meine politische Tätigkeit sogar zu unterstützen, denn in Absatz 2 heißt es doch, daß alle günstigen Ansatzpunkte auszunutzen seien. Und daß ein politisches Engagement positiver ist als ein kriminelles, ist doch nicht zu bestreiten, zumal ich für Gewaltlosigkeit und Pazifismus bin. Außerdem wird hier mit zweierlei Maß gemessen. Einem ehemaligen Springer-Mitarbeiter, der hier 'einsitzt', wurde ein 'offener Brief' an Fritz Teufel genehmigt, den er in der 'BZ' veröffentlicht hat".

GENERALSTAATSANWALT CONTRA MAHLER: BZ-VIZE ALS KRONZEUGE

Der Westberliner Generalstaatsanwalt beim Kammergericht, Günther, hat jetzt seinen Antrag bei der Rechtsanwaltskammer, gegen Rechtsanwalt Horst Mahler ein Berufsverbot auszusprechen, schriftlich begründet. Darin heißt es zu der spontanen Demonstration vor dem Springer-Hochhaus nach dem Dutschke-Attentat am Gründonnerstag: "An der Spitze der Demonstration durchbrach der Beschuldigte die Polizeiketten vor dem Gebäude und drang in das Verlagshaus ein. Inzwischen zertrümmerten weitere Demonstranten Einrichtungsteile der Zugangshalle durch Steinwürfe und verletzten mehrere Polizeibeamte und Arbeiter des Verlagshauses. Der Beschuldigte wurde von Verlagsangehörigen im Gebäude gestellt." Als Zeugen für diesen Hergang benennt der Generalstaatsanwalt den stellvertretenden "BZ"-Chefredakteur Caro; außerdem "belegt" er seine Behauptung durch Zeitungsausschnitte, vornehmlich aus Springer-Blättern, Mahler hingegen kann durch mehrere Zeugen beweisen, daß er durch den Druck in der Demonstrantenmenge auf den Eingang hin ohne sein Wollen durch den Eingang gestoßen worden sei. Die Einladung des in der Halle stehenden "BZ"-Vize Caro, doch hereinzukommen, lehnte Mahler mit dem Hinweis ab, daß er ihn gar nicht habe besuchen wollen. Dann drängte er sich wieder ins Freie. Wie gemeldet, hat das Haus Springer eine Zivilklage gegen Mahler in Höhe von 250 000 Mark erhoben. Außerdem läuft bei der Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren "wegen dieser Vorfälle". Die Klage beim Ehrengericht der Rechtsanwaltskammer gründet der Generalstaatsanwalt auf die Behauptung, Mahler habe die Pflicht "schuldhaft verletzt", "seinen Beruf gewissenhaft auszuüben und sich innerhalb und außerhalb des Berufes der Achtung und des Vertrauens, welche die Stellung des Rechtsanwaltes erfordert, würdig zu erweisen."

NÜRNBERGER NACHRICHTEN: STÄNDIGE SPALTE FÜR DIE APO

Die liberalen "Nürnberger Nachrichten" werden der Nürnberger Außerparlamentarischen Opposition ab sofort jeweils eine Spalte ihres Blattes zur Kommentierung zur Verfügung stellen. Das ist das Ergebnis der Aussprache einer sechsköpfigen Delegation des Republikanischen Clubs Nürnberg mit dem "Nachrichten"-Verleger Dr. Drexel. Die erste Spalte unter dem Titel "NPD gehört zum System" ist bereits erschienen. Der RC Nürnberg hatte ursprünglich gefordert, die "Nachrichten" sollten der APO täglich eine ganze Seite zur Verfügung stellen.

MONOPOL: GROSSIST ERZWINGT VERKAUF VON SPRINGER-ZEITUNGEN

Die Firma Werbung und Vertrieb, die als Zeitungs- und Zeitschriftengroßhändler das Vertriebsmonopol über den ambulanten ("fliegenden") Zeitungs- und Zeitschriftenhandel in Westberlin ausübt und deren Umsatz zum großen Teil auf den Handel mit Springer-Produkten zurückzuführen ist, erzwang in der vergangenen Woche den Verkauf von Springerpublikationen dadurch, daß sie einem jahrelang im Wochenendhandel tätigen "freien" Händler den Standplatz am S-Bahnhof Halensee durch Lieferungsboykott entzog. In der Vergangenheit hatte der Händler während des Zeitungsverkaufs Informationen der Außerparlamentarischen Opposition verteilt, die nicht springereigene Presse bevorzugt behandelt, den Verkauf der "Deutschen National- und Soldaten-Zeitung" aber abgelehnt und den der "Regenbogenpresse" eingestellt.

Als für viele Westberliner die systematische Minderheitenhetze der Springerpresse in dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke erkennbar wurde, hatte sich der Händler geweigert, weiterhin Zeitungen und Zeitschriften des Springer-Verlages, insbesondere die "Welt am Sonntag", zu verkaufen und sich bereit erklärt, stattdessen die Auflagen der anderen Zeitungen und Zeitschriften zu erhöhen. Der Springer-Verlag, der die ambulanten Händler ständig überwacht, hatte ermittelt, daß der Händler die "Welt am Sonntag" nicht offen auslegte und nur auf Anfrage herausgab und erklärte, daß er in Zukunft keine Springer-Zeitungen mehr verkaufe. Daraufhin wurde dem Händler am 4. Mai über einen Angestellten vom Geschäftsführer der Firma, Heinze, mitgeteilt, der Verkaufsstand sei wegen "geschäftsschädigenden Verhaltens" kurzfristig mit einem anderen Händler besetzt worden: "An den Ständen wird das verkauft, was wir anliefern. Selbstverständlich bekommen Sie von uns weiterhin Zeitungen. Wo Sie die verkaufen sollen? Sie können sich eine Lokaltour aufbauen, schließlich sind Sie ja ein freier Händler..."

GENOSSEN UNTER SICH: ANZEIGE WEGEN VERKEHRSVERGEHEN

Ein am 3. Mai vor dem Amtsgericht in Moabit verhandeltes Verfahren legt dar, wie der innerparteiliche Streit in der SPD derzeit ausgetragen wird. Der von der rechtsextremen Mafia-Gruppe um Pätzold gefeuerte SPD-Stadtrat Seliger hatte sich wegen Fahrens ohne Führerschein zu verantworten. Angezettelt wurde das Verfahren durch die Aussage der um Pätzold-Clan gehörenden SPD-Funktionärin Uschi Loewe; sie beeidete, Seliger vor zwei Jahren in Frankreich (!) am Steuer eines Pkws gesehen zu haben, obwohl der Ex-Stadtrat keinen Führerschein besitze. Das Urteil: Freispruch auf Kosten der Staatskasse. In der Verhandlung habe sich herausgestellt, daß die Frau Seliger nur auf der Fahrerseite aussteigen, nicht aber fahren sah. Im übrigen habe man den Eindruck gewinnen müssen, es handle sich hier nicht um eine Verkehrs-Angelegenheit, sondern um eine parteiinterne Weddinger SPD-Auseinandersetzung.

NEU ERSCHIENEN: "DIE WAHRHEIT ÜBER K. G. KIESINGER"

Der Westberliner "Jüdische Arbeitskreis für Politik" hat Ende dieser Woche eine Broschüre von Beate Klarsfeld mit dem Titel "Die Wahrheit über Kurt-Georg Kiesinger - leitender Nazi-Propagandist" herausgebracht. In der Broschüre werden zahlreiche Dokumente zitiert, die einen Nachweis über die Tätigkeit Kiesingers in der nazistischen Propaganda liefern. Der Jüdische Arbeitskreis ist, wie er mitteilt, im Besitz dieser Dokumente. Die Broschüre kann über den Jüdischen Arbeitskreis für Politik, Berlin 33, Caspar-Theyß-Straße 18 (Telefon 886 42 77) bezogen werden.

PERSONALIEN

OTTO NEUMANN, 59, Bonner Kaufmann, vom "Bonner Generalanzeiger" befragt, ob er beim Sternmarsch der Notstandsgegner mitmarschieren würde: "Ich habe das bei den Nazis nicht getan und werde das auch jetzt nicht tun."

MAX LÜNEBURG, 48, Bonner Markthändler, der wegen des Sternmarsches der Notstandsgegner am Sonnabend seinen Standplatz räumen muß, zum "Bonner Generalanzeiger": "Die vorhandenen Gesetze reichen zumindest für den inneren Notstand aus. Die Notstandsgesetze sind nur geplant, um etablierte Macht zu festigen. Die Erklärungen der Regierung dem Volk gegenüber sind unglaubwürdig. Sie hat mittlerweile kein Verhältnis zum Volk mehr".

ZITAT DER WOCHE

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Kuhlmann, vor der Presse in Düsseldorf: "Sollten in den vergangenen Wochen Polizisten zu hart vorgegangen sein, so muß das den Politikern angelastet werden. Diese haben versäumt, die Polizei zu einer zivilen Ordnungstruppe zu machen und sie statt dessen auf einen halb-militärischen Weg gebracht."

MITTEILUNG DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

MITTWOCH, 15. Mai, 20 Uhr, spricht im RC Peter Menke-Glückert von der OECD in Paris zum Thema "Marxismus und Technik".

DAS AKTIONSPROGRAMM DER KPC

Viel diskutiert wird das am 5. April vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der CSSR verabschiedete Aktionsprogramm, obwohl der Wortlaut in der Bundesrepublik und in Westberlin noch nicht publiziert wurde. In der Prager "Volkszeitung" ist inzwischen die autorisierte deutsche Übersetzung erschienen. EXTRA-Dienst veröffentlicht heute aus diesem Aktionsprogramm wesentliche Auszüge, um die Diskussion der Entwicklung in der CSSR auf der Grundlage authentischen Materials führen zu können. Das Programm nimmt in der Prager "Volkszeitung" neuneinhalb Seiten Berliner Format (Format des Westberliner "Telegraf" und des "Kölner Stadtanzeigers") in Anspruch. Es beginnt mit einer eher historischen Darstellung über den "Weg der Tschechoslowakei zum Sozialismus" und geht dabei im zweiten Teil dieser Einleitung auf die "Entfaltung der Demokratie" und "Die führende Rolle der Partei" ein - diese beiden Abschnitte dokumentiert EXTRA-Dienst. Im zweiten Abschnitt geht es vor allem um das "Neue System der politischen Leitung der Gesellschaft" (auch daraus wird ein Abschnitt dokumentiert) und um das Verhältnis der einzelnen Volksgruppen in der CSSR. Der "Volkswirtschaft und Lebenshaltung" ist der dritte größere Abschnitt gewidmet, der vierte der "Entwicklung der Wissenschaft, Bildung und Kultur", der fünfte der "Internationalen Position und Außenpolitik der CSSR". Er findet abschließend Raum in der EXTRA-Dienst-Dokumentation.

Teilung und Kontrolle der Macht — Garantie gegen Willkür

Auch die Kommunisten in der Regierung müssen sich in allerhöchster Zeit dafür einsetzen, daß das Prinzip der Verantwortung der Regierung gegenüber der Nationalversammlung in ihrer gesamten Tätigkeit konkret ausgearbeitet wird. Im Rahmen der bisherigen Praxis der politischen Leitung ist die Möglichkeit selbständiger Tätigkeit der Regierung und der einzelnen Minister nicht genügend ausgenutzt worden, es hat sich sogar das Bestreben bemerkbar gemacht, die Verantwortung auf die Parteiorgane abzuwälzen und selbständigen Entscheidungen auszuweichen. Die Regierung ist nicht nur ein Organ der Wirtschaftspolitik. Als höchstes Organ der staatlichen Exekutive muß sie sich in ihrer Gesamtheit ständig mit einem ganzen Komplex politischer und Verwaltungsprobleme im Staat befassen. Der Regierung fällt auch die Aufgabe zu, für die rationelle Entwicklung des gesamten Staatsapparates zu sorgen. Der staatliche Verwaltungsapparat wurde in der Vergangenheit oft unterschätzt; es gilt nun, diesen Apparat zu einem hochqualifizierten Organ zu machen, das eine rationelle Tätigkeit entwickelt, das mit demokratischen Mitteln konsequent kontrolliert wird und effektiv sein muß. Die vereinfachte Vorstellung, man könne diese Ziele durch Unterschätzung und Nichtachtung des Verwaltungsapparates überhaupt erreichen, hat in der Vergangenheit mehr Schaden als Nutzen gebracht.

Im ganzen staatlichen und politischen System müssen nun solche Beziehungen und Regeln geschaffen werden, die einerseits den verantwortlichen Fachkadern die notwendige Sicherheit in ihrer Funktion geben und andererseits ermöglichen, daß politisch und fachlich geeignete Leute an die Stelle derjenigen treten, die ihrer Arbeit nicht mehr ge-

wachsen sind. Zu diesem Zweck müssen juristisch genaue Bedingungen für die Ablösung verantwortlicher Kader ausgearbeitet und ferner rechtliche Garantien geschaffen werden, daß der Abgang aus einer Funktion für die Betroffenen keinen Sturz in ihrer materiellen, moralischen und politischen Stellung bedeutet.

Die Politik der Partei geht von der Forderung aus, daß es im ganzen Staatsapparat zu keiner allzu großen Konzentration der Macht innerhalb eines Gliedes, eines Apparates oder bei einer Einzelperson kommen darf. Man muß eine derartige Aufteilung der Machtbefugnisse und ein System gegenseitiger Kontrolle zwischen den einzelnen Gliedern festsetzen, daß die Fehler und Übergriffe des einen Gliedes bei Zeiten durch die Tätigkeit eines anderen korrigiert werden können. Dem müssen nicht nur die Beziehungen zwischen den gewählten und ausführenden Organen entsprechen, sondern auch die Beziehungen innerhalb des Mechanismus der staatlichen Exekutivmacht und Verwaltung und ebenso die Stellung und Funktion der Gerichte.

Diesen Grundsätzen entspricht allerdings keineswegs die allzugroße Konzentration von Funktionen im bisherigen Innenministerium. Die Partei hält es für notwendig, es als Ressort der inneren Staatsverwaltung aufzubauen, zu dem auch die Verwaltung der Sicherheit gehört. Die Agenden, die in unserem Staat traditionell anderen Organen gehörten und heute vom Innenministerium erledigt werden, müssen seiner Kompetenz entzogen werden. Es ist notwendig, in nächster Zeit Vorschläge auszuarbeiten, die die Grundkompetenz der Gerichte bei Untersuchungen, die Trennung der Gefängnisverwaltung vom Sicherheitsapparat, die Übergabe der mit dem Pressegesetz zusammenhängenden Agenden, des Archivs u. a. an andere staatliche Organe festsetzen.

Als politische äußere wichtige Frage betrachtet die Partei die rich-

tige Eingliederung des Sicherheitsapparates im Staat. Für die Sicherheit unseres Lebens wird es von Vorteil sein, wenn alles beseitigt wird, was die Meinung der Öffentlichkeit über den Polizeiapparat aufrechterhält, die sich infolge früherer Gesetzswidrigkeiten und der privilegierten Stellung des Sicherheitsapparates im politischen System bildete. Diese Zeit hat die fortschrittlichen Traditionen unserer Sicherheit zerstört; denn sie galt als Kraft, die dem Volk diene. Diese Tradition muß fortgesetzt werden. Das Zentralkomitee der KPC hält es für notwendig, die Organisation des Sicherheitsapparates zu ändern und ihn in zwei verschiedene, voneinander unabhängige Gliederungen zu teilen — die Staatssicherheit und die Öffentliche Sicherheit. Die Staatssicherheit muß eine derartige Stellung, Organisation, Struktur, Personalstand, Ausstattung, Methoden und Qualifikation haben, die ihrer Bestimmung, den Staat gegen die Tätigkeit von feindlichen, ausländischen Zentren zu schützen, entsprechen. Jeder Bürger, der sich in dieser Beziehung nichts zuschulden kommen ließ, muß die Gewähr haben, daß seine politische Überzeugung, seine Ansichten, persönlichen Bekenntnisse und Beschäftigungen nicht Gegenstand der Aufmerksamkeit der Organe der Staatssicherheit sein können. Die Partei behauptet ganz klar, daß dieser Apparat nicht zur Lösung innerpolitischer Fragen und Gegensätze in der sozialistischen Gesellschaft verwendet werden darf. Aufgabe der Öffentlichen Sicherheit ist der Kampf gegen Straftätigkeit und die Wahrung der öffentlichen Ordnung; dieser Tätigkeit werden ihre Organisation, ihre Anzahl und ihre Arbeitsmethoden angepaßt. Im Gegensatz zum heutigen Stand muß der Sicherheitsapparat besser ausgestattet und verstärkt werden. Bestimmte Funktionen bei der Wahrung der öffentlichen Ordnung, in denen die Sicherheit den Nationalausschüssen untergeordnet sein wird, müssen juristisch genau begrenzt werden. Durch Rechtsnormen müssen klare Befehle bezüglich der Kontrolle

der öffentlichen Sicherheit durch die Regierung als Gesamtheit und durch die Nationalversammlung geschaffen werden.

Große Aufmerksamkeit muß auch der Wehrpolitik in unserem Staat gewidmet werden. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, unseren aktiven Anteil an der Konzeption der militärischen Doktrin der Staaten des Warschauer Vertrags anzustreben, die Festigung der Verteidigungsfähigkeit unseres Staates im Einklang mit seinen Bedürfnissen und Möglichkeiten, die komplexe einheitliche Auffassung der Fragen der Verteidigung mit allen Problemen des Aufbaus des Sozialismus in unserer gesamten Politik einschließlich der Wehrerziehung.

Die politische Rechtsauffassung der Partei geht von dem Grundsatz aus, daß bei einem Rechtsstreit (einschließlich Rechtsentscheidungen staatlicher Organe) grundlegende Garantie für Gesetzlichkeit die Gerichtsverhandlung ist, die unabhängig von politischen Faktoren und nur durch das Gesetz gebunden ist. Die Anwendung dieses Grundsatzes erfordert, daß die gesamte gesellschaftliche und politische Rolle und das Gewicht der Gerichte in unserer Gesellschaft verstärkt wird. Das ZK der KSC wird darauf achten, daß der Komplex der nötigen Entwürfe und Maßnahmen so durchgearbeitet wird, daß die einschlägigen Fragen bis zu den nächsten Richterwahlen gelöst sind. Im Einklang damit, muß zugleich auch die Stellung und die Rolle der Prokuratur derart geregelt sein, daß sie den Gerichten nicht übergeordnet ist. Außerdem muß die völlige Unabhängigkeit der Advokaten von staatlichen Organen gewährleistet werden.

=====
Den vollständigen Text des Aktionsprogrammes veröffentlichte die "Volkszeitung", Ausgabe vom 19. April 1968.
Adresse: Prag 1, Václavské nám 17.
=====

DIE ENTFALTUNG DER DEMOKRATIE UND DIE BESEITIGUNG DER GLEICHMACHEREI

Die unterschiedlichen Interessen sozialer Gruppen und Einzelner sowie ihre Vereinigung zur Geltung zu bringen erfordert, ein neues politisches System unseres Lebens, ein neues Modell der sozialistischen Demokratie auszuarbeiten und anzuwenden. Die Partei wird sich um eine solche Entwicklung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung bemühen, wie sie den tatsächlichen Interessen der einzelnen Gruppen

und Schichten unserer Gesellschaft entspricht und wie sie es ermöglichen würde, ihre Interessen in ihren Organisationen auszudrücken und so ihre Stimme im öffentlichen Leben geltend zu machen. Wir erwarten, daß in einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens zwischen Bürgern und ihren Institutionen gleichzeitig die zivile Verantwortung wächst und die Normen der Beziehungen zwischen Menschen respektiert werden.

Die Partei wird dabei um die Verbindung demokratischer Grundsätze der gesellschaftlichen Leitung mit fachlichen und wissenschaftlichen Entscheidungen bemüht sein. Damit verantwortlich beurteilt werden kann, was im Interesse der gesamten Gesellschaft steht, müssen stets mehrere Alternativen zur Beurteilung vorliegen, mehrere fachlich begründete Vorschläge für die Lösung aller strittigen Fragen; gewährleistet muß auch eine viel umfangreichere und offener Information aller Bürger werden.

Heute, da die Klassenunterschiede verschwinden, wird zum hauptsächlichsten Wertmaßstab der Stellung der Menschen in der Gesellschaft ihr Anteil daran, womit sie zur gesellschaftlichen Entwicklung beitragen. Die Partei hat oft gleichmacherische Ansichten kritisiert, jedoch in der Praxis hat sich die Nivellierung in ungewöhnlichem Ausmaße verbreitet und wurde zu einem der Haupthindernisse der intensiven wirtschaftlichen Entwicklung und der Hebung des Lebensstandards. Die Schädlichkeit der Gleichmacherei liegt darin, daß sie Bummelerei, Faulheit und Verantwortungslosigkeit bevoorzugt und dagegen aufopfernde und ehrgeizige Werktätige benachteiligt, daß sie unqualifizierte Arbeiter gegenüber qualifizierten, technisch und fachlich rückständige gegenüber begabten und initiativen Menschen begünstigt.

Wenn wir heute um die Abschaffung der Gleichmacherei und um die Geltendmachung des Leistungsgrundsatzes in der Bewertung unserer Arbeitenden bemüht sind, wollen wir dadurch keine neuen privilegierten Schichten schaffen. Wir wollen, daß auf allen Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens die Entlohnung der Menschen von der gesellschaftlichen Bedeutung und der Effektivität ihrer Arbeit abhängt, von der Entfaltung ihrer Arbeitsinitiative, dem Grad der Verantwortung und dem Risiko. Das steht im Interesse der Entfaltung unserer ganzen Gesellschaft. Der Leistungsgrundsatz hebt die technische Reife, die Rentabilität und Produktivität der Arbeit, die Autorität und Vollmacht der verantwortlichen Leiter und das Prinzip der materiellen Interessiertheit hervor, er betont die wachsende Bedeutung der Qualifikation aller Arbeitenden.

Zu den Schlüsselfragen der gegenwärtigen und künftigen wissenschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Entwicklung gehört eine wesentliche Steigerung der Bildung und Qualifikation aller leitenden und Facharbeiter auf allen Stufen unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Wenn an den führenden Plätzen nicht fachlich geschulte, gebildete sozialistische Kader stehen werden, wird der Sozialismus in der Konfrontation mit dem Kapitalismus nicht bestehen können.

Diese Tatsache erfordert eine grundlegende Änderung in der bisherigen Kaderpolitik, in der Jahre hindurch Bildung, Qualifikation und Fähigkeit unterschätzt wurden.

DIE FÜHRENDE ROLLE DER PARTEI — GARANT EINER FORTSCHRITTLICHEN SOZIALISTISCHEN ENTWICKLUNG

Gegenwärtig liegt besonders viel daran, daß die Partei eine Politik durchführt, durch die sie sich die führende Rolle in unserer Gesellschaft voll verdient. Wir sind überzeugt, daß das in der jetzigen Situation die Bedingung für die sozialistische Entwicklung unseres Landes ist.

Die kommunistische Partei hat als Partei der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Kapitalismus und für die Verwirklichung revolutionärer Klassenveränderungen gesiegt; mit dem Sieg des Sozialismus wird sie zum Vortrupp der ganzen sozialistischen Gesellschaft. Ihre Fähigkeit, die Gesellschaft zu leiten, hat die Partei besonders in der gegenwärtigen Zeit bewiesen, als sie aus eigener Initiative den Demokratisierungsprozeß ausgelöst und seinen sozialistischen Charakter gesichert hat. In ihrer politischen Tätigkeit will sich die Partei vor allem auf jene stützen, die Verständnis für die Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft haben, die nicht ihre persönlichen oder Gruppeninteressen gegen die Interessen des Sozialismus stellen, die ihre Fähigkeiten zugunsten der Gesamtheit anwenden und entfalten, die Sinn für alles Neue und Fortschrittliche haben und bereit sind, es durchzusetzen.

Die kommunistische Partei stützt sich auf die freiwillige Unterstützung durch die Menschen. Sie verwirklicht ihre führende Rolle nicht dadurch, sondern dadurch, daß sie der freien, fortschrittlichen und sozialistischen Entwicklung am treuesten dient. Sie kann sich ihre Autorität nicht erzwingen, sondern muß sie immer aufs neue durch ihre Taten gewinnen. Ihre Linie kann sich nicht durch Verordnungen durchsetzen, sondern nur durch die Arbeit ihrer Mitglieder und die Wahrhaftigkeit ihrer Ideale.

Die führende Rolle der Partei wurde in der Vergangenheit oft als Monopol, als Konzentration der Macht in der Hand der Parteiorgane aufgefaßt. Das entsprach der falschen These, daß die Partei das Instrument der Diktatur des Proletariats sei. Diese schädliche Auffassung schwächte die Initiative und Verantwortung der staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen, schädigte die Autorität der Partei und machte es ihr unmöglich, ihre ureigenste Funktion zu erfüllen. Ziel der Partei ist es nicht, ein universeller „Verwalter“ der Gesellschaft zu werden, alle Organisationen und jeden Schritt im Leben durch ihre Direktiven zu binden. Ihre Sendung liegt vor allem darin, sozialistische Initiative hervorzuheben, Wege und reale Möglichkeiten der kommunistischen Perspektive zu zeigen und durch systematische Überzeugungsarbeit und persönliches Beispiel der Kommunisten alle Arbeitenden für sie zu gewinnen. Dadurch ist der konzeptionelle Charakter der Parteitätigkeit bestimmt; die Partei-

organe behandeln nicht alle Fragen, aber sie sollen die Aktivität entfachen und die Lösung der wichtigsten Probleme veranlassen. Dabei kann die Partei nicht zu einer Organisation werden, die auf die Gesellschaft nur durch ihre Ideen und Programme einwirken würde. Durch Vermittlung ihrer Mitglieder und Organisationen sowie ihrer Organe muß sie die praktische organisatorische Funktion einer politischen Kraft in der Gesellschaft entwickeln. In der politisch-organisatorischen Tätigkeit der Partei werden die praktischen Bestrebungen der Menschen koordiniert, die die Linie und das Programm der Partei auf allen Gebieten verwirklichen — im sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Gesellschaft.

Die Partei als Repräsentantin der Interessen des fortschrittlichen Teiles aller Schichten — und damit auch der perspektiven Ziele unserer Gesellschaft — kann nicht die Vertreterin der ganzen Skala sozialer Interessen sein. Der politische Ausdruck der vielschichtigen Interessen in unserer Gesellschaft ist die ganze Nationale Front als Bündnis aller sozialer Schichten, Interessengruppen, Nationen und Nationalitäten unserer Gesellschaft. Die Partei will und wird die gesellschaftlichen Organisationen nicht ersetzen, sie muß im Gegenteil dafür sorgen, daß sich deren Initiative und politische Verantwortung für die Einheit unserer Gesellschaft erneuert und weiter entfaltet. Aufgabe der Partei ist es, einen solchen Weg der Befriedigung verschiedener Interessen zu suchen, der die gesamtstaatlichen perspektiven Interessen nicht gefährdet, sondern ihnen im Gegenteil nützt und neue, progressive Interessen schafft. Die Politik der Partei darf nicht dazu führen, daß die nichtkommunistischen Bürger das Gefühl haben, in ihren Rechten und Freiheiten durch die Partei eingeschränkt zu werden, sondern daß sie vielmehr in der Tätigkeit der Partei die Garantie ihrer Rechte, Freiheiten und Interessen sehen. Wir wollen und müssen erzielen, daß die Partei schon in ihren Grundorganisationen eine nicht formelle, natürliche und auf den Arbeits- und Leitungsfähigkeiten sowie den moralischen Qualitäten der kommunistischen Funktionäre begründete Autorität besitzt.

Die Kommunisten müssen immer aufs neue im Rahmen der demokratischen Regeln des sozialistischen Staates die freiwillige Unterstützung der Mehrheit für die Linie der Partei anstreben. Parteibeschlüsse und Richtlinien müssen dann korrigiert und verändert werden, wenn sie die Bedürfnisse und Möglichkeiten der ganzen Gesellschaft nicht richtig zum Ausdruck gebracht haben oder nicht mehr ausdrücken. Die Partei muß bemüht sein, daß ihre Mitglieder als aktivste Arbeiter auf ihren Gebieten auch das entsprechende Gewicht und Einfluß in der ganzen Gesellschaft haben, damit sie Funktionen in staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen einnehmen. Das darf jedoch nicht zur Praxis der Einsetzung von Parteimitgliedern in Funktionen im Widerspruch mit dem Grundsatz führen, daß die leitenden Repräsentanten der gesamtgesellschaftlichen Organe diese Gesellschaft selbst und ihre einzelnen Gliederungen auswählen, und daß die Funktionäre dieser Gliederungen für ihre Tätigkeit allen Bürgern oder allen Mitgliedern einer gesellschaftlichen Organisation verantwortlich sind. Es ist unbedingt notwendig, die

Praxis der Diskriminierung und einer „Kaderdecke“ für jene, die nicht Mitglieder der Partei sind, abzuschaffen

Grundlage der Aktionsfähigkeit der

Partei unter den neuen Bedingungen ist die ideelle und organisatorische Einheit, die auf der Basis breiter in parteilicher Demokratie entsteht. Die wirksamste Waffe gegen das Eindringen von Methoden des bürokratischen Zentralismus in der Partei ist die Stärkung des Einflusses der Parteimitglieder auf die politische Linie, die Stärkung der Rolle aller wirklich demokratischen Organe. Die gewählten Organe der Partei sind vor allem dafür verantwortlich, daß alle Rechte der Mitglieder gewährleistet, daß Entscheidungen kollektiv getroffen werden und die Macht nicht in einer Hand konzentriert wird.

Voraussetzung für verantwortungsvolle Entscheidungen kollektiver Organe kann einzig und allein eine sachliche Diskussion und der Meinungsaustausch sein. Der Widerstreit der Meinungen ist die notwendige Äußerung eines vielseitigen verantwortlichen Strebens um das Auffinden der besten Lösung, um die Durchsetzung des Neuen gegen das Alte. Jedes Parteimitglied und jedes Parteiorgan hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, nach bestem Wissen und Gewissen mit seiner Initiative, seiner Kritik, seinen abweichenden Ansichten zu der behandelten Frage aufzutreten und jedem Funktionär zu opponieren. Diese Praxis muß feste Wurzeln fassen, wenn die Partei in ihrer Tätigkeit den Subjektivismus vermeiden soll. Es ist unzulässig, Kommunisten in diesen Rechten zu beschränken und um jene, die mit anderen Ansichten aufgetreten sind, eine Atmosphäre des Mißtrauens und der Verdächtigungen zu schaffen. Es ist unzulässig, gegen die Minderheit unter welchem Vorwand auch immer Repressalien anzuwenden, wie das in der Vergangenheit geschehen ist. Die Partei kann jedoch nicht von dem Grundsatz abweichen, daß sie nach Annahme eines Beschlusses von jedem Kommunisten dessen Durchführung und Erfüllung verlangen wird. Innerhalb der Partei sind sich alle Mitglieder gleich, ohne Rücksicht darauf, ob sie Funktionen in Partei- oder Staatsorganen oder in Wirtschaftsorganisationen versehen oder auch keine Funktionen haben. Wer eine höhere Funktion versieht, hat jedoch höhere Verantwortung. Die Partei ist sich dessen bewußt, daß es in unserer Gesellschaft keine tiefgreifendere Entwicklung der Demokratie geben kann, wenn nicht demokratische Grundsätze konsequent im inneren Leben und der Arbeit der Partei selbst unter Kommunisten zur Anwendung kommen. Die Entscheidungen über alle wichtigen Fragen und die Kaderbesetzung von Funktionen muß nach demokratischen Regeln der Behandlung und durch geheime Abstimmung erfolgen. Die Demokratisierung des Partellebens bedeutet auch eine Festigung der regelmäßigen Arbeitsbeziehungen zwischen der Partei und der Wissenschaft. Wir werden in dieser Richtung die Methoden der Konsultation, des Austausches entgegengesetzter Ansichten und der Opponentur zur Anwendung bringen, weil die Funktion der Wissenschaft nicht mit der Vorbereitung von Analysen und Unterlagen endet, sondern auf dem Boden der Partei

bei der Verfolgung der durch die einzelnen Beschlüsse hervorgerufenen Prozesse fortgesetzt werden und so zur Realisierung und Kontrolle der Richtigkeit der Beschlüsse durch die Praxis beitragen soll.

Die internationale Position und Außenpolitik der CSSR

Das Aktionsprogramm werden wir in einer komplizierten internationalen Lage realisieren, deren weitere Entwicklung die Verwirklichung einiger wichtiger Grundsätze des Programms beeinflussen wird. Andererseits macht es der Erneuerungsprozeß in der CSSR möglich, daß auch unsere Republik auf diese internationale Entwicklung aktiver einwirkt. Im Kampf der sozialistischen und demokratischen Kräfte gegen die aggressiven Bestrebungen des Imperialismus stehen wir entschieden auf der Seite des Fortschrittes, der Demokratie und des Sozialismus. Von diesem Gesichtspunkt aus bestimmen wir unser Verhältnis zu den brennendsten internationalen Problemen der Gegenwart und unseren Anteil am Kampf der Welt gegen die Kräfte der imperialistischen Reaktion.

Die CSSR wird ihren eigenen Standpunkt zu den grundsätzlichen Fragen der Weltpolitik formulieren; dabei wird sie von dem realen Verhältnis der internationalen Kräfte und von der Tatsache ausgehen, daß sie ein aktives Glied des Revolutionsprozesses in der Welt ist.

Die grundsätzliche Orientierung der tschechoslowakischen Außenpolitik entstand und bewährte sich in der Zeit des nationalen Befreiungskampfes und während des Prozesses der sozialistischen Umgestaltung unseres Landes — es ist das Bündnis und die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den übrigen sozialistischen Staaten. Es wird unser Bestreben sein, die freundschaftlichen Beziehungen mit unseren Verbündeten — den Staaten der sozialistischen Weltgemeinschaft — auch weiterhin auf der Grundlage gegenseitiger Achtung, Souveränität und Gleichberechtigung, gegenseitiger Respektierung und internationaler Solidarität zu vertiefen. In diesem Sinne werden wir aktiver und mit wohl durchdachter Konzeption an der gemeinsamen Tätigkeit des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und des Warschauer Paktes teilnehmen.

In ihrem Verhältnis zu den Entwicklungsländern wird die sozialistische Tschechoslowakei zur weiteren Entfaltung der antimperialistischen Front beitragen und nach ihren Kräften und Möglichkeiten allen gegen den Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, für die Festigung ihrer Souveränität und nationalen Unabhängigkeit, für wirtschaftliche Entwicklung kämpfenden Völkern bestehen. Darum werden wir auch weiterhin den heroischen Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die amerikanische Aggression unterstützen. Ebenso werden wir eine politische Lösung der Krise im Mittelosten befürworten.

Gegenüber den hoch entwickelten kapitalistischen Staaten werden wir eine Politik des friedlichen Zusammenlebens geltend machen. Unsere geographische Lage sowie die Bedürfnisse und Möglichkeiten eines in-

dustrielandes erfordern eine aktivere europäische Politik, die auf die Entwicklung gegenseitig vorteilhafter Beziehungen mit allen Staaten und internationalen Organisationen und auf die Sicherung der kollektiven Sicherheit des europäischen Kontinentes hinzielt. Wir werden konsequent von der Existenz zweier deutscher Staaten ausgehen, von der Tatsache, daß die DDR als erster sozialistischer Staat auf deutschem Boden ein bedeutender Friedensfaktor in Europa ist, von der Notwendigkeit, die realistischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland zu unterstützen und gleichzeitig den neonazistischen und revanchistischen Tendenzen in diesem Land entgegenzutreten. Das tschechoslowakische Volk will mit allen Nationen in Frieden leben. Es will gute Beziehungen zu allen Staaten haben und mit ihnen im Interesse der Festigung des internationalen Friedens und der Sicherheit, des gegenseitigen Vertrauens auf dem Gebiet der Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Technik zusammenarbeiten. Auch werden wir aktiver als bisher die Mitgliedschaft unserer Republik in den internationalen Organisationen, insbesondere in der UNO und ihren Organen nützen.

Unsere Wissenschaft, Kultur und Kunst können weit mehr die internationale Autorität der Tschechoslowakei in der Welt festigen und stärken. Die tschechoslowakische Außenpolitik muß die nötigen Bedingungen für die internationale Geltung unserer Kultur im Ausland schaffen. Die Verbreitung unserer Wissenschaft und Kultur im Ausland hilft wirksam,

die Vorzüge des Sozialismus und die Möglichkeiten einer aktiven Politik des friedlichen Zusammenlebens zu beweisen.

Unsere Außenpolitik hat bisher nicht alle Möglichkeiten, aktiv aufzutreten, ausgenutzt, sie ist an eine Reihe von wichtigen internationalen Problemen nicht initiativ mit eigenen Standpunkten herangetreten. Das Zentralkomitee der KSC, die Nationalversammlung, die Regierung sowie das zuständige Ministerium müssen diese Mängel schnellstens beseitigen und dafür sorgen, daß unsere Außenpolitik sowohl die nationalen, als auch die internationalen Interessen der sozialistischen Tschechoslowakei voll zum Ausdruck bringt.

Die gedeihliche Entwicklung der internationalen Rolle der sozialistischen Tschechoslowakei ist nicht zu trennen von der Erziehung der Bürger im Geiste des Internationalismus, der sowohl das Verständnis für die gemeinsamen Interessen und Ziele der fortschrittlichen Kräfte in der Welt als auch das Verständnis für die spezifischen nationalen Bedürfnisse beinhaltet. Daraus ergibt sich auch die Notwendigkeit, die breite Öffentlichkeit sofort und mit Sachkenntnis mit den internationalen Problemen und unserer Außenpolitik bekanntzumachen und so die Voraussetzungen für eine aktive Anteilnahme der tschechoslowakischen Bürger an der Bildung der außenpolitischen Standpunkte zu schaffen.

Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei wird auch im Bereich der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung aktiver vorgehen. Besonderen Nachdruck werden wir auf freundschaftliche Beziehungen, auf gegenseitige Konsultationen und Erfahrungsaustausch mit der KPdSU, den kommunistischen und Arbeiterparteien des sozialistischen Lagers und mit allen anderen Bruderparteien legen.

Die KSC wird sich auch weiterhin aktiv am Kampf um die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung beteiligen, an der Förderung des Zusammenwirkens der kommunistischen Parteien mit allen fortschrittlichen Kräften, wobei sie den verschiedenen gemeinsamen Kampf gegen die Aggressionspolitik des amerikanischen Imperialismus als die vordringlichste Aufgabe betrachtet. Die KSC wird ihre spezifischen Möglichkeiten beim Anbahnen von Kontakten mit den sozialistischen, friedliebenden und demokratischen Kräften der kapitalistischen und Entwicklungsländer voll zur Geltung bringen. Sie wird beitragen zu einer Ausweitung der Formen für die Zusammenarbeit sowie zur Koordinierung des Vorgehens der kommunistischen Parteien, wobei sie der Abhaltung internationaler Beratungen der Parteien große Bedeutung beimißt. Sie begrüßt und unterstützt deshalb die Ergebnisse der konsultativen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Budapest. Gemeinsam mit Dutzenden Bruderparteien unterstützt die KSC den Vorschlag zur Verwirklichung einer internationalen kommunistischen Beratung Ende 1968 in Moskau.

EXTRA-DOKUMENTATION

NEUE ARBEITERJUGEND-ORGANISATION: KONTROVERSE UM WESTBERLINER

Von rund 400 Delegierten wurde am 4. Mai in Essen die "Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" (SDAJ) gegründet. Vorsitzender der Organisation, die sich "zu den revolutionären Ideen von Karl Marx, Friedrich Engels und Wladimir Iljitsch Lenin bekennt", wurde der 27jährige Dortmunder Journalist Rolf Jürgen Priemer (Adresse: 46 Dortmund, Neuer Graben 11, Telefon 23 374). Ihm zur Seite steht ein 25köpfiger Bundesvorstand. In einer Presseerklärung wird betont, unter den Delegierten und Gästen befanden sich "Funktionäre der Naturfreundejugend und der Gewerkschaftsjugend, Schüler und Studenten, Betriebsjugendsprecher sowie Bundeswehrsoldaten in Uniform". - Eine Kontroverse entwickelte sich um die Beteiligung des "Initiativausschusses Berlin zur Schaffung einer revolutionär-sozialistischen Jugendorganisation", die nicht zum Gründungskongreß zugelassen wurde. Ihm sollte lediglich ein Beobachterstatus eingeräumt werden. Die SDAJ wies darauf hin, daß Westberlin nicht Teil der Bundesrepublik sei und die SDAJ daher keinen Westberliner Landesverband haben könne. Der "Initiativausschuß" aus Westberlin: "Was ist das für ein 'Marxismus', der irgendwelche völkerrechtlichen Überlegungen zur Grundlage der revolutionären Organisation macht? Ihr wollt doch nicht ernsthaft behaupten, daß Westberlin nicht ökonomisch und politisch im höchsten Grade vom westdeutschen Monopolkapital abhängig ist? Die revolutionären Marxisten haben zur Grundlage der Organisation noch stets die konkrete Realität der kapitalistischen Herrschaft gemacht und kein juristisches Wunschdenken." Und: Es muß jetzt für jeden klar sein: Ihr seid unfähig, die revolutionäre Organisation der Jugend zu schaffen. Der Kampf für die wirkliche revolutionäre Jugendorganisation wird sich nur im Kampf gegen Euch vollziehen können!" Der Hintergrund der Auseinandersetzung ist ein klassischer der sozialistischen Bewegung: Während in Essen die SDAJ unter den Bildern von Marx und Lenin gegründet wurde, demonstrierten in Westberlin anläßlich der Warschauer Studentenunruhen Mitglieder des Initiativausschusses (der sich vor allem um die Schülerzeitschrift "Neuer

Roter Turm" mit dem Sohn des SPD-Vorsitzenden, Peter Brandt, zusammensetzt) vor der Polnischen Militärmission unter dem Bild Trotzki's.

EXTRA-Dienst dokumentiert Auszüge aus einem "Appell der SDAJ" und einer "Plattform der Revolutionär-Sozialistischen Jugendorganisation des Initiativ Ausschusses Berlin".

APPELL DER SDAJ

"Und wenn sie uns zehn Mal pro Tag von oben her einreden, daß es bei uns keine Klassengesellschaft mehr gibt - wir glauben ihnen kein Wort mehr.

Wir haben sie durchschaut: Auf den Ruhrstraßen, vor den Arbeitsämtern, unter den Knüppeln einer von der Reaktion kommandierten Polizei.

Das Gerede von 'Partnerschaft' und 'Gemeinwohl' ist nichts weiter als wohlkalkulierter Blödsinn, ein fauler Trick der Mächtigen. Und zwar ein Trick aus Angst! Denn seht sie euch an: Sie haben Angst vor uns! Und das zu Recht!

Denn sie kennen sehr wohl jene Kraft, die sich entfalten wird, wenn die Massen ihre Lage erkennen, das heißt: Wenn wir erkennen, daß wir betrogen werden, und wer uns betrügt, und wie wir diesen Betrug abschaffen können. Sie fürchten sich vor dem Selbstbewußtsein der Massen. Sie fürchten sich schon jetzt bei dem Gedanken, daß wir, deren Arbeitsprodukt sie sich jeden Tag aneignen und deren Hoffnungen sie Tag für Tag einnebeln und verzerren, endlich doch noch aus Schaden klug werden.

Und weil sie sich vor uns fürchten, haben sie ein gesellschaftliches System entwickelt, das uns politisch dumm halten soll - in den Betrieben, in den Schulen, in den Kasernen und Kinos. Denn wir wissen genau: Wer dumm bleibt, der bleibt auch ängstlich. Und wer ängstlich bleibt, dem kann man leichter befehlen! Sie wollen uns fertig machen mit ihrem System: fügsam, ausnutzbar, ausbeutbar.

Sie wollen uns unsere Hoffnung zerstören, unsere Hoffnung auf Frieden und Freundschaft mit allen Völkern. Sie wollen uns unsere Chance auf ein freies vernünftiges Leben, auf eine kühne menschliche Zukunft wegorganisieren mit ihren Notstandsgesetzen, mit ihrer Völkerhetze, mit ihrer Aufrüstung, mit ihrer Gier nach Atomwaffen, mit ihrem Alleinvertretungsanspruch, mit ihrer formierten Gesellschaft.

Und sie organisieren nicht schlecht! Sie organisieren den Kampf gegen den Fortschritt aus alter Übung, denn wirklicher Fortschritt, das Selbstbewußtsein der Massen, bedroht ihre Macht, die Macht der herrschenden Klasse. Das war schon immer so. Sie wissen Bescheid. Sie organisieren. Und wir?

Wir werden angesichts dieses trainierten Gegners eine Organisation aufbauen, die planmäßig, Schritt für Schritt, den Fortschritt dieser Gesellschaft vorantreibt. Wir werden erfinderisch werden. Und wir werden beigott die Herren deswegen nicht um Erlaubnis bitten! Wer über ganze Gesellschaften so viel Verrat und Elend gebracht hat, wie sie in den letzten hundert Jahren, der hat uns nichts mehr zu verbieten und auch nichts mehr zu erlauben. Wir rufen deshalb auf zur Organisation der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend!

Warum aber eine Organisation? Spontanität, Naivität und einfach nur Lust am Leben sind allein noch kein wirksames Kampfmittel gegen die Unterdrückung von oben. Politischer Mut, der sich nicht entschlossen und mit klarem Kopf organisiert, der nicht das Zusammengehen aller Demokraten anstrebt und sich nicht dem Volke verständlich macht, ist im Endergebnis nicht nur erfolglos, er begünstigt den Gegner.

Diesen Gefallen werden wir unserem Gegner nicht tun. Wir werden uns nicht mehr verzetteln in Einzelaktionen. Wir werden gemeinsam für unsere gemeinsamen Forderungen kämpfen.

Wir werden das, was uns trennt, im Interesse der gemeinsamen Sache zurückstellen, weil unsere Uneinigkeit nur den Mächtigen nützt.

Unser spontaner Kampf gegen das Unrecht wird von nun an organisierter Kampf sein."

PLATTFORM DES INITIATIV-AUSSCHUSSES

"Aber weshalb war die damalige Führung unfähig, den Kampf wirksam zu führen?

Was die SPD angeht, so fällt die Antwort nicht schwer: Sie hatte am 4. August 1914 mit der Bewilligung der Kriegskredite ihren Frieden mit dem Kapitalismus gemacht. In der Weimarer Republik hatte sie gewissenhaft die Rolle des Stabilisators des kapitalistischen

Systems gespielt; man hätte von ihr nichts anderes erwarten können, als erneut Schützenhilfe zu leisten bei der Restauration des deutschen Imperialismus. Godesberg und Große Koalition waren für diese Partei nur konsequente Schritte auf dem vor 50 Jahren eingeschlagenen Weg.

Umso größer war die Verantwortung, die der KPD nach der Zerschlagung des Faschismus zukam. Aber auch diese Partei erwies sich als unfähig, wirklich revolutionäre Politik zu betreiben. Durch ihre Abhängigkeit von der sowjetischen Führung - deren Politik war vor allem an den bornierten Interessen der Staatsbürokratie orientiert, nicht jedoch an den historischen Interessen des Weltproletariats - wurde die KPD lediglich zum Mittel der Stalinschen Außenpolitik. Die Abkommen von Teheran, Jalta und Potsdam, bei denen die Teilung der Welt in 'Einflußsphären' vereinbart wurde, waren das Todesurteil für die Revolution in Europa. Spätestens von da an mußte sich jede revolutionäre Politik auch gegen die Außenpolitik der Sowjetregierung und ihrer Verbündeten richten.

Bis etwa 1965 ging das politische Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft ständig zurück. Der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie gelang es, der Arbeiterklasse die Illusion vom ewig währenden Wirtschaftswunder, von der Sozialpartnerschaft und dem sozialen Rechtsstaat einzuimpfen, ohne daß die KPD eine realistische Alternative zu bieten hatte. Seit Beginn der wirtschaftlichen Krise mehren sich die Anzeichen für die Radikalisierung von Teilen der Arbeiterschaft. Es läßt sich jedoch jetzt schon sagen, daß es sich dabei um einen langwierigen Prozeß handeln wird.

Die Außerparlamentarische Bewegung der Jugend erfüllt zur Zeit die Funktion eines Statthalters für die noch passive Arbeiterschaft. In der Geschichte gab es immer wieder Fälle, wo die Radikalisierung der Arbeiterklasse eingeleitet wurde durch die Radikalisierung der intellektuellen Jugend. Was berechtigt uns jedoch, von 'der Jugend' zu sprechen, ohne dabei eine Unterscheidung zwischen der bürgerlichen und der Arbeiterjugend vorzunehmen?

Die Jugend insgesamt ist in der bürgerlichen Gesellschaft einem besonderen Maß an Unterdrückung ausgesetzt, zusätzlich zu dem allen Abhängigen auferlegten. Die bürgerliche Gesellschaft muß, um funktionsfähige und -willige Maschinen für den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß heranzuzüchten, alle natürlichen Wünsche nach Glück, Lust und Selbstbestimmung in ihren Kindern und Jugendlichen disziplinieren und, wenn nötig, abtöten, um bei den künftigen Produzenten alle nach kapitalistischen Rentabilitätsbegriffen unnützen Kosten zu vermeiden. Diese Notwendigkeit nimmt - je nach Gesellschafts- und somit Bildungs- und -klasse - verschiedene Ausprägungen an, ist aber im Wesentlichen immer gleich.

Dieser Umstand konstituiert für alle Gesellschaftsmitglieder bis zum Erwachsenenalter ein besonderes objektives Interesse. Das gemeinsame Interesse der Jugend an ihrer Befreiung von zusätzlicher Unterdrückung ermöglicht und erfordert eine besondere politische Organisation dieser Altersgruppe. Aber die Einsicht, daß nur eine von Profit- und Leistungsprinzip emanzipierte Gesellschaft die Jugendlichen befreien kann, bedeutet zugleich, daß eine besondere Organisation der Jugend nur als bewußt sozialistische eine historische Existenzberechtigung hat. Unsere Aufgabe ist deshalb: Schaffung einer revolutionär-sozialistischen Jugendorganisation von Lehrlingen, jungen Arbeitern und Angestellten, Schülern und Studenten!"

EXTRA ÜBER UNS

FRAGE ANS INNENMINISTERIUM

Vier Wiesbadener Rechtsanwälte, federführend Dr. Rossmeissl, haben dem Parlamentarischen Staatssekretär im Innenministerium in Bonn, Heinrich Köppler, einen Brief geschrieben, der nicht nur Absender und Adressat, sondern alle EXTRA-Dienst-Leser interessieren dürfte. Hier ein Auszug:

"Ich lese schon seit jeher außerordentlich viel, um orientiert zu sein. Seit einigen Wochen habe ich mir auch den 'Berliner Extra-Dienst' bestellt, das wahrscheinlich das Blatt der außerparlamentarischen Opposition ist.

Nun stelle ich seit Wochen fest, daß ich nur alte Exemplare zugestellt erhalte. Als ich

der Sache nachging, sagte man mir, daß wahrscheinlich der Verfassungsschutz hier zugreift.

Ich lege Ihnen die Fotokopien der Briefumschläge bei, daraus ersehen Sie, daß die Sendung, die in Berlin 15 am 23. 4. 1968 aufgegeben wurde, mir erst am 30. 4. 1968 zugestellt wurde und die Sendung, die am 19. 4. 1968 in Berlin 15 aufgegeben wurde, erst am 27. 4. 1968.

Normalerweise bekomme ich alle Post aus Berlin am anderen Tag zugestellt. Ich habe gar nichts dagegen, daß der Verfassungsschutz das Blatt liest, aber meines Erachtens kann das in einer Stunde geschehen, man braucht nicht eine ganze Woche darauf zu sitzen. Als langjähriger Jugendführer wissen Sie selbst, daß die heutige Jugend sehr intelligent ist und auch empfindlich. Solche Tatbestände müssen natürlich böses Blut verursachen.

Bedenken Sie doch, daß die 'Soldatenzeitung' regelmäßig an den Kiosken zu erhalten ist, daß man ganze Legionen von Polizisten aufgeboten hat, damit die 'Bildzeitung' nicht etwa mit einer Verspätung zum Leser kommt. Ich habe noch bei keiner Zeitung festgestellt, daß man sie, wie ausgerechnet diesen 'Berliner Extra-Dienst', 8 Tage lang zurückhält."

ANTWORT DES TELEGRAF

"Telegraf"-Chef Arno Scholz ist gespannt. Und zwar darauf, ob wir von seiner "Einstellung im 'Berliner EXTRA-Dienst' Kenntnis geben werden". Keineswegs habe er "unter Druck von Genossen" gestanden, als er einen Rückzieher von einem "Telegraf"-Interview mit Rechtsanwalt Mahler machte (siehe EXTRA-Dienst 36/II). Diesen Rückzieher rechtfertigt er ebenso wie die falschen Informationen, auf die er seine Vorwürfe gegen Mahler stützt: "Die Kostümierung von Horst Mahler bei der Kundgebung auf dem Hohenstaufenplatz mit einem Schutzhelm und einem Schlagstock - auf den Fotos ist deutlich zu sehen, daß es kein üblicher Spazierstock war - hat meinen Kritikern Recht gegeben und mich schockieren müssen." Nun, zumindest die drei "Telegraf"-Berichterstatter am Tatort hätten Scholz eines besseren belehren können. Auch auf Fotos (beispielsweise in der BZ vom 2. Mai) ist der "Schlagstock" lediglich ein "üblicher Spazierstock" (es sei denn, BZ-Redakteure hätten das Bild zu Mahlers Gunsten retuschiert). Auf den vom "Tagespiegel" richtiggestellten Hergang des Zwischenfalls geht Scholz erst gar nicht ein. Daß Mahler zu seinem eigenen Schutz einen Helm benötigte, beweist eben dieser Vorgang. Dennoch: "Nur die Enttäuschung, daß die Kostümierung von Horst Mahler am 1. Mai nicht mehr im Einklang steht mit dem Interview, das er dem 'Telegraf' gab, hat mir die Feder geführt. Es ist billig, mir zu unterstellen, daß ich unter dem Druck von Genossen gehandelt habe. 1933 habe ich die Feder hingelegt, weil ich nicht unter Druck zu schreiben bereit war und habe sie erst wieder 1945 in die Hand genommen. Seitdem ist keine Zeile von mir veröffentlicht worden, die unter Druck geschrieben wurde." Stellen wir also richtig: A. S. schreibt eindeutige Unwahrheiten freiwillig und nicht unter Druck (auch wenn uns gegenteilige Informationen vorliegen). A. S. an EXTRA-Dienst: "Das wollte ich Ihnen in aller Offenheit sagen."

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5. 00 (Auslandsabonnement: DM 6. 00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10. 00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712 (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:
WOHNORT:
STRASSE:
DATUM: UNTERSCHRIFT: